



Statt sich gegenseitig Populismus, Radikalismus und Antidemokratie vorzuwerfen, sollten sich Politiker darauf konzentrieren, durch inhaltliche Debatten und Lösungen zu überzeugen. Solche Etikettierungen und Anschuldigungen spiegeln oft die eigene Unsicherheit oder das Fehlen überzeugender Argumente wider. Anstatt Probleme zu lösen und sich mit der Substanz der politischen Vorschläge auseinander zu setzen, greifen Politiker auf einfache Formeln der Ausgrenzung zurück. Dies verhindert einen konstruktiven politischen Diskurs und trägt zur Polarisierung bei. Wenn solche Populismus-, Radikalismus- und Anti Demokratie Vorwürfe ständig inflationär gebraucht werden, so führt dies langfristig zu einer Entwertung des politischen Dialogs. Anstatt eine sachliche Auseinandersetzung zu führen, verfallen die Akteure in eine Rhetorik der gegenseitigen Schuld Zuweisungen. Dies schadet dem politischen Klima, und auch der Demokratie insgesamt, da es das Vertrauen der Bürger in die Politik immer weiter untergräbt.